

Bedenkenlos, brutal, geschichtsvergessen

Die Bundesregierung will weiter Roma in den Kosovo abschieben

© Stephan Dümwald

Bernd Mesovic

Seit Monaten fordern internationale Gremien und Nichtregierungsorganisationen von der Bundesregierung einen Verzicht auf Abschiebungen der Minderheitenangehörigen in den Kosovo. Insbesondere Roma landen nach einer Abschiebung in einer Situation der vollkommenen Perspektivlosigkeit und faktischer Ausgrenzung. Der Zugang zu grundlegenden Rechten ist ihnen – obgleich verbrieft – verstellt. Ihre Chancen, einen der wenigen Jobs im Kosovo zu ergattern, gehen gegen Null. Abgeschobene bekommen nur unter Schwierigkeiten Zugang zu minimaler Sozialhilfe. Wer nicht an den Ort zurückkehren kann, an dem er früher registriert war, hat ohnehin keinen Anspruch. Die Gesundheit insbesondere vieler Kinder ist bereits irreversibel geschädigt. Und doch ist das Leben im Einzugsbereich der kontaminierten Abraumhalden in der Region Mitrovica nur die verschärfte Form dessen, was Roma auch nach einer Weiterflucht zum Beispiel nach Montenegro als Perspektive haben: ein Leben am Rande der Müllkippen.

Was PRO ASYL im Oktober 2009 in einem Recherchebericht dargestellt hat, findet sich in ähnlicher Form bei Human Rights Watch, der Gesellschaft für bedrohte Völker und anderen Nichtregierungsorganisationen. Auch die Regierung des Kosovo sieht die Schwierigkeiten, die aus einer größeren Zahl von Abschiebungen ent-

stehen, realistisch. Man habe nur sehr begrenzte finanzielle Möglichkeiten und wenige Hilfsangebote, so Nenad Rasic, Minister für Arbeit und Soziales. Man sei von der deutschen Regierung zum Abschluss eines Rückübernahmeabkommens gedrängt worden.

Europarats-Menschenrechtskommissar Thomas Hammarberg hat sich bereits zweimal mit der Bitte an die Bundesregierung gewendet, von Abschiebungen abzuweichen. Im November 2009 wies er darauf hin, dass Roma im Kosovo weiterhin politischer Verfolgung ausgesetzt seien und zum Teil in Lagern lebten. Besonders skandalös: Die Roma-Camps im Norden sind bleiverseucht. Dort leben Hunderte Roma, unter ihnen auch gerade erst abgeschobene. Die Bundesregierung kümmert die Besorgnis des Menschenrechtskommissar des Europarates jedoch

ebenso wenig wie die des UNHCR, der ebenfalls im November bestätigte, dass Minderheitenangehörige weiterhin einem Verfolgungsrisiko unterliegen.

Die Bundesregierung teilte indes mit, jährlich bis zu 2.500 Menschen in den Kosovo abschieben zu wollen. Es bestehe »keine unmittelbare Gefährdung nur aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie.« Wirtschaftliche oder soziale Aspekte im Kosovo seien ohnehin nicht ausschlaggebend für die Frage der Rückführungsmöglichkeit. Mit den Roma schiebt Deutschland auch seine historische Verantwortung ab. Christian Schwarzschilding (CDU) erinnerte unlängst daran, dass die Roma ebenso wie die Juden unter dem Nationalsozialismus – auch auf dem Balkan – verfolgt wurden. Deshalb sei ihre heutige Behandlung unangemessen. ■



ANTIZIGANISMUS

Das Heft der Flüchtlingsräte 2010 hat den Schwerpunkt Antiziganismus.

Es zeigt die verhängnisvollen Parallelen und Kontinuitäten: Roma und Sinti im Spannungsfeld zwischen Ausgrenzung, Diskriminierung, Verfolgung und Abschiebung.

Online-Ausgabe & Bestellmöglichkeit für Einzelhefte (88 Seiten, 4,50 € pro Heft):

www.hinterland-magazin.de



KOSOVO – Bericht zur Lebenssituation von aus Deutschland abgeschobenen Roma, Ashkali und Angehörigen der Ägypter-Minderheit im Kosovo



Fotos: © Florian Bachmeier

Der Sozialwissenschaftler Dr. Stephan Dünnwald besuchte im September 2009 abgeschobene Personen im Kosovo und befragte sie zu ihrer Situation nach der Rückkehr. Die meisten lebten in äußerst prekären Verhältnissen.

Besonders bedrückend war für den Forscher, dass viele der im Kosovo und Montenegro Besuchten schwere gesundheitliche Probleme hatten, deren Behandlung vor Ort nicht gesichert ist. Ihre Abschiebung war unverantwortlich.

Die Broschüre (Oktober 2009, DIN A4, 36 S., 2,00 €) ist zu bestellen bei PRO ASYL und online einsehbar unter www.proasyl.de.